

Regierung stützt Aufschwung

Mehr Chancen auf Beschäftigung

Die christlich-liberale Regierungskoalition unterstützt die Stabilität des Arbeitsmarkts und den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung mit weiteren Maßnahmen. Nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und dem ‚Schutzschirm für Arbeitnehmer‘ beschloss das Kabinett am Mittwoch mit dem Beschäftigungschancen-Gesetz in der Wirtschafts- und Finanzkrise ein weiteres Paket zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Dabei liegt ein wichtiger Schwerpunkt auf der Job-Vermittlung.

Dank des entschlossenen Handelns der unionsgeführten Bundesregierung traf die Krise die Wirtschaft sowie den Arbeitsmarkt in Deutschland weniger hart als im europäischen Ausland. Das zeigte sich etwa an den erfreulichen Arbeitsmarktdaten vom März, als erstmals wieder weniger Menschen ohne Arbeit waren als im Vorjahr. Nun beschloss die christlich-liberale Regierungskoalition die Fortsetzung des für diesen positiven Effekt mitverantwortlichen Kurzarbeitergelds sowie weitere Maßnahmen zur Sicherung und besseren Vermittlung von Arbeitsplätzen.

Die Kurzarbeitergeld-Regelung soll demnach – auch für Leiharbeiter – bis zum 31. März 2012 verlängert werden, um den betroffenen Arbeitnehmern, aber auch den Unternehmen mehr Planungssicherheit zu gewähren. Im Interesse des Mittelstands setzte sich die CSU dabei erfolgreich dafür ein, die sogenannte Konzernregelung nicht in die Verlängerung mit einzuschließen. Diese Klausel bevorteilte Unternehmen, die so groß waren, dass sie Kurzarbeiter von einem Betriebsstandort an einen anderen versetzen konnten.

Parallel dazu plant die Bundesregierung konkrete Schritte zur besseren Wiedereingliederung von unter 25-jährigen, über 50-jährigen und alleinerziehenden Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Im Sinne der

Alleinerziehenden erinnerte die christlich-liberale Regierung die Jobcenter an ihre Verantwortung zur Bereitstellung von Betreuungsplätzen.

Allen besonders jungen Erwerbslosen soll demnach künftig innerhalb von sechs Wochen nach ihrer Meldung bei der Arbeitsagentur ein zukunftsweisendes Angebot unterbreitet werden. In den Fällen, in denen keine Stelle angeboten werden kann, will die Bundesregierung künftig die Qualifikation der Bewerber steigern – durch das Nachholen eines Schul- oder Berufsabschlusses oder den Abbau anderer Hindernisse auf dem Weg in den Arbeitsmarkt wie etwa vorliegende Suchterkrankungen. Wer eines dieser Angebote ausschlägt, muss mit Kürzungen seiner Bezüge rechnen.

Ein wichtiges Signal setzte die christlich-liberale Regierungskoalition außerdem bezüglich der Hinzuverdienstmöglichkeiten für Kinder in Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld II beziehen. Bisher wurden ihre

Einkünfte – etwa aus Ferienjobs – auf das Familieneinkommen angerechnet. Union und FDP halten es jedoch für wichtig, dass die betroffenen Kinder im Ferien- oder Aushilfsjob erfahren, dass es sich lohnt, Eigeninitiative zu entwickeln und sich damit womöglich die Erfüllung eines lang ersehnten Wunsches finanzieren zu können.

Junge Arbeitssuchende werden höher qualifiziert

Sehr geehrte Damen und Herren,

letzte Woche fand auf meine Einladung hin eine Verkehrskonferenz zu den Problemen Lärmschutz sowie Stau und Abgase entlang der Bahnstrecke S1 statt. Diese Fachkonferenz mit allen wichtigen Entscheidern und unseren Mandatsträgern, dem Landtagsabgeordneten Joachim Unterländer und dem Bezirksrat Dr. Rainer Großmann hat einen neuen Anstoß gegeben. Drei gute Ergebnisse kann man zusammenfassen:



1. Der Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn AG für Bayern, Klaus-Dieter Josel, erklärte, dass die Bahnstrecke der S1 nicht weiter ausgebaut würde, sondern wie bisher zweigleisig bleibt. Bis zuletzt gab es Befürchtungen, dass die Strecke auf vier Gleise erweitert würde. Dies ist nun vom Tisch.
2. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Herr Dr. Andreas Scheuer, sagte zu, dass noch in diesem Jahr die Lärmentwicklung entlang der bestehenden Strecke gemessen wird, um eine höhere Dringlichkeit für Lärmschutzmaßnahmen dann nochmals zu prüfen.
3. Die Landeshauptstadt München arbeitet bereits an einer Machbarkeitsstudie für eine Unterführung an der Feldmochinger Straße.

Mein Ziel ist: Ein guter Lärmschutz, z. B. durch einen Trog für die Bahn, wie dies die Anwohner wollen, eine Lösung für alle drei schienengleichen Bahnübergänge und damit ein Ende der Zerteilung des Münchner Nordens. Alle Zuständigen müssen bei der schwierigen Finanzierung zusammenstehen: Bund, Bahn und Stadt.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Singhammer MdB

Initiativen der CSU aus der Osterpause

Kommunen entlastet



Das Verbot alter Verkehrsschilder ist vom Tisch: Dr. Peter Ramsauer brachte eine Änderung der Straßenverkehrsordnung auf

den Weg, die die Gültigkeit leicht überarbeiteter Straßenschilder garantiert. Hintergrund dieser Entscheidung ist, dass eine Novelle des SPD-Verkehrsministers von 2009 den Austausch tausender Straßenschilder in Deutschland notwendig machte. Dies hätte zu beträchtlichen zusätzlichen Ausgaben bei den Kommunen gesorgt, obwohl die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Schildern nur marginal sind. „Ein Austausch ist deshalb unverhältnismäßig. Auch aus Gründen der Verkehrssicherheit sind Austauschmaßnahmen nicht notwendig“, entschied der Bundesverkehrsminister.

Mehr Datenschutz



Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner hat den Gründer des sozialen Netzwerks Facebook, Mark Zuckerberg, zu einem Gespräch

nach Berlin eingeladen. Aigner hatte zuvor in einem offenen Brief an Zuckerberg kritisiert, dass das Netzwerk die Datenschutz-Einstellungen erneut zu Lasten seiner weltweit 400 Millionen Mitglieder lockern möchte. Facebook plant die ungefragte Weitergabe von Nutzerdaten an externe Web-Dienste. Millionen von Internetnutzern würden dadurch die Kontrolle über ihre Daten verlieren, was viele Facebook-Mitglieder, aber auch Datenschützer, Netzaktivisten und Juristen kritisieren. Die von Bundesministerin Ilse Aigner auf Facebook gegründete Gruppe für mehr Datenschutz hat bereits über 7.500 Unterstützer.

Effizienzsteigerung



Verteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg will die Effizienz der Bundeswehr und ihrer Verwaltung erhöhen. Dazu setzte

er am vergangenen Donnerstag eine Kommission ein. Diese soll bis Jahresende eine, so der Verteidigungsminister, „schonungslose Analyse“ des Verbesserungsbedarfs der Wehrverwaltung vorlegen. Bei der Zusammensetzung der Kommission ließ sich Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg nicht von parteipolitischen, sondern einzig von fachlichen Gesichtspunkten leiten. Den Vorsitz des Expertengremiums übernimmt Frank-Jürgen Weise, der – selbst Oberst der Reserve – als Chef der Bundesagentur für Arbeit seine Fähigkeit zur Reformierung großer Behörden eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat.

Diese Woche

Regierung stützt Aufschwung	
Mehr Chancen auf Beschäftigung	1
Initiativen der CSU aus der Osterpause	
Kommunen entlastet	2
Mehr Datenschutz	2
Effizienzsteigerung	2
Politisch motivierte Straftaten	
Entschieden gegen jeden Extremismus	2
Afghanistan	
Rückendeckung für unsere Soldaten im Einsatz	3
Kunduz-Untersuchungsausschuss	
Verteidigungsminister zu Guttenberg bestätigt	4
Kampf gegen Kinderpornographie	
Alles zum Wohle der Kinder	4
Vertriebene	
Stiftung gestärkt	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Politisch motivierte Straftaten

Entschieden gegen jeden Extremismus

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist 2009 stark angestiegen. Während Delikte mit rechtsextremistischem Hintergrund seltener wurden, stieg die Zahl von Straftaten im linken Spektrum sprunghaft an. Linksradike Täter werden außerdem deutlich häufiger gewalttätig. Die christlich-liberale Regierungskoalition geht entschlossen gegen den Linksextremismus vor.

Der rasante Anstieg der Straftaten im linksextremen Milieu hat dafür gesorgt, dass die Zahl politisch motivierter Delikte im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand erreicht hat. Während Straftaten aus anderen extremistischen Täterkreisen um zwei Prozent zurückgingen, nahm die Zahl der Verbrechen mit linksradikalem Hintergrund um 39,4 Prozent auf 9.375 zu. Zwar liegt die absolute Zahl von rechts-extremistisch motivierten Delikten weiterhin deutlich höher (19.468 Straftaten). Die Gewaltbereitschaft der linken Täter liegt allerdings um ein Vielfaches über dem Wert anderer politisch motivierter Verbrecher, und auch hier gilt die Tendenz: Die von Rechtsextremisten ausgehende Gefahr geht zurück, links motivierte Taten nehmen zu. So kam es 2009 zu insgesamt 1.822 Körperverletzungen durch Linksextremisten (+ 53,4 %),

während die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten um 13,8 Prozent auf 959 abnahm.

Die christlich-liberale Regierungskoalition bekennt sich klar zum Kampf gegen jeden politischen Extremismus. Daher hat sie Maßnahmen zur Prävention gegen Straftaten aus allen radikalen Milieus ergriffen. Im Zuge dessen beseitigt sie die ideologische Ausrichtung, die die SPD in den vergangenen Jahren vielen Anti-Extremismus-Programmen gegeben hatte. Eine mit sechs Millionen Euro ausgestattete Initiative zur Jugendarbeit in den neuen Ländern hatte der zuständige SPD-Minister etwa nur „Projekten gegen Rechtsextremisten“ zukommen lassen wollen. Neben dem Kampf gegen Links widmet sich die unionsgeführte Bundesregierung auch verstärkt der Prävention gegen den islamistischen Extremismus.

Afghanistan

Rückendeckung für unsere Soldaten im Einsatz

Vor dem Hintergrund der schmerzlichen Verluste, die die Bundeswehr in den vergangenen Wochen in Afghanistan erfahren musste, stärkte der Deutsche Bundestag den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz den Rücken. In ihrer Regierungserklärung betonte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Notwendigkeit des Einsatzes. Auch die CSU-Landesgruppe bekennt sich zu den klaren Zielen der internationalen Mission am Hindukusch.

In seinem viel beachteten Beitrag zur parlamentarischen Debatte vom Donnerstag unterstrich Dr. Hans-Peter Friedrich, der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, die Bedeutung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Er erinnerte an den Ausgangspunkt des Mandats, das erstmals 2001 von der damaligen rot-grünen Bundesregierung beschlossen worden war. Vor dem 11. September 2001 hätten sich, so der Landesgruppenvorsitzende, Fanatiker von Afghanistan aus auf den Weg gemacht, „eine Welt zu zerstören, die ihren Bürgern Toleranz, Lebensfreude, Freiheit, Gleichberechtigung und Menschenwürde gibt. Sie wollen eine Welt zerstören, die nicht in ihr persönliches Weltbild passt.“ Daher habe sich die internationale Staatengemeinschaft dazu entschlossen, das menschenverachtende Regime in Afghanistan zu beseitigen, die Terroristen dort zu entwerfen und ein Maß an Stabilität zu schaffen, das einen Rückfall in diese dunklen Zeiten des Landes unmöglich macht.

Tatsächlich geht in der öffentlichen Diskussion gelegentlich unter, dass der Einsatz in Afghanistan nicht nur auf Bitten der dortigen Regierung, sondern jeweils nach Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Staaten rund um den Globus bereits zehn Mal von den Vereinten Nationen mandatiert wurde. 44 Nationen entsenden derzeit Soldaten an den Hindukusch – im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung einige sogar mehr als die Bundesrepublik. Allein im Norden des Landes, wo die deutschen Soldaten stationiert sind, stehen Kameraden aus 16 weiteren Nationen an ihrer Seite.

Den Vorwurf des damals mitverantwortlichen Bundesministers Trittin (Grüne), man sei in den Einsatz hineingestolpert, wies Dr. Hans-Peter Friedrich daher mit aller Entschiedenheit zurück. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe lobte die neue Einsatzstrategie der Bundesregie-

rung, die im Februar gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft in London ausgearbeitet worden war und deren Umsetzung in den nächsten Monaten im Mittelpunkt stehen wird. Mit diesem neuen Konzept sollen die Grundlagen dafür



Unterwegs mit dem Maultier in Tawa Tash

gelegt werden, dass die internationale Schutztruppe aus Afghanistan abziehen können wird. Voraussetzung dafür ist allerdings die Ausbildung von ausreichend vielen afghanischen Polizei- und Sicherheitskräften, die im Anschluss an eine Verantwortungsübergabe für Recht und Ordnung in

Afghanistan sorgen können. Die deutschen Interessen gehen allerdings über ein sicheres und terroristenfreies Afghanistan hinaus. Vielmehr ist die Stabilität der gesamten Region vom Iran bis nach Pakistan eine nicht minder wichtige Voraussetzung für Frieden und Sicherheit in der Welt.

Mit einem eindrücklichen Appell stellte sich Dr. Hans-Peter Friedrich hinter die deutschen Truppen. Die begriffliche Auseinandersetzung über die Beschreibung des Zustands in Afghanistan lehnt er ab: „Es gibt für jeden Begriff eine juristische Dimension. Es gibt aber auch immer eine emotionale Dimension.“ Dem Bundesverteidigungsminister, Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, dankte der Landesgruppenvorsitzende für seine Fürsorge für die Truppen und sagte – auch wenn hundertprozentige Sicherheit niemals erreichbar sei – Unterstützung bei der Finanzierung weiterer Ausrüstung zu.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Sigmar Freud

Politische Beobachter rechnen fest damit, dass die drei Linksparteien in Nordrhein-Westfalen auf eine gemeinsame Koalitionsregierung hinarbeiten. Doch während sich die PDS bereits offen dazu bekennt (Bundesgeschäftsführer Bartsch empfahl die SED-Nachfolger als „Copiloten“ für Rot-Grün), verleugnen SPD und Grüne ihre Absichten noch. Ungewohnt ehrliche Töne schlug am Montag allerdings der SPD-Vorsitzende Gabriel an. In einer gemeinsamen Pressekonferenz der SPD-Spitze mit der Parteiführung der Grünen, die den Weg zu einer linken Mehrheit in Nordrhein-Westfalen vorbereiten sollte, sagte er wörtlich: „Die Wahl ist entschieden: Wenn die Wahlbeteiligung hoch ist, dann hat Rot-Rot-Grün eine eigene Mehrheit.“ Sigmund aus Wien lässt Sigmar grüßen!

Luxus-Genossen

Der Bundesrechnungshof rügt die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung für den übermäßig kostenintensiven Neubau ihrer Zentrale in Berlin. Erstens: Das entsprechende Grundstück wurde nicht sorgfältig genug ausgesucht, mögliche Alternativen nicht ernsthaft geprüft. Zweitens: Die Vergabe des Bauauftrags wurde ohne offene Ausschreibung vergeben. Drittens: Die Ausstattung des Hauses war selbst im Vergleich mit anderen Bundesbauten mit sehr hohem Standard auffallend hoch. Eine andere Stiftung baute zeitgleich mit 58 Prozent niedrigeren Kennwerten. Besonders perfide: Als die zuständigen Kontrollorgane mahnten, intervenierte das damals SPD-geführte Bauministerium zu Gunsten der Stiftung. Die Genossen genehmigten sich den Luxus also gegenseitig.

Kunduz-Untersuchungsausschuss

Verteidigungsminister zu Guttenberg bestätigt

Verteidigungsminister zu Guttenberg stand am Donnerstag dem Verteidigungsausschuss als Untersuchungsausschuss zu seiner Einschätzung des Bombenabwurfs auf zwei von Taliban entführter Tanklaster Rede und Antwort, bei dem in der nordafghanischen Provinz Kunduz auf Befehl des zuständigen deutschen Offiziers am 04.09.2009 nicht nur die gefährlichen Fahrzeuge zerstört wurden, sondern auch viele Menschen starben.

Die immer neuen Versuche der Oppositionsfraktionen, den im September 2009 noch gar nicht im Amt befindlichen Minister zu beschädigen, sind kläglich in sich zusammengebrochen. Der fraktionsübergreifend beschlossene Auftrag an den Untersuchungsausschuss, die Hintergründe des Luftschlags auszuleuchten, die Einhaltung von Befehls- und Melde-regeln zu überprüfen und – wo nötig – Korrekturen vorzuschlagen, hat die Opposition von Anfang an viel weniger interessiert als die Entlassung des als SPD-nah geltenden früheren

Generalinspektors Schneiderhan. Doch die Absicht, den zur Zeit des Bombenabwurfs amtierenden Generalinspekteur zu entlasten, um den danach berufenen Minister zu belasten, war von vorneherein allzu durchsichtig. Den von ihm herbeigeführten Personalwechsel in Spitzenpositionen des Verteidigungsministeriums hat der Minister ebenso überzeugend erläutert wie seine Entscheidung, nach vollständiger Information den Bombenabwurf für militärisch nicht angemessen einzuschätzen. Minister zu Guttenberg stellte ausdrücklich

weder Kompetenz noch Integrität der Betroffenen in Frage – aber er konnte in einen Staatssekretär und einen Generalinspekteur, die ihn in einer wichtigen Frage unvollständig informiert und nicht sachgerecht beraten hatten, nicht mehr das für diese Aufgaben nötige Vertrauen setzen. Die Darstellung des Ministers über die Abläufe ist glaubwürdig, die Opposition hatte dem nichts entgegenzusetzen. Durch eine Gegenüberstellung würde die Opposition nur noch einmal die Haltlosigkeit ihrer Vorwürfe und Angriffe deutlich machen.

Kampf gegen Kinderpornographie

Alles zum Wohle der Kinder

Für einen umfassenden Schutz von Kindern hat die Europäische Kommission den Entwurf einer neuen Richtlinie vorgestellt. Der Entwurf beinhaltet auch die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Internetseiten mit kinderpornographischen Darstellungen umgehend zu sperren. Die CSU-Landesgruppe begrüßt diese Initiative, denn hinter jeder kinderpornographischen Darstellung steht der tatsächliche und schreckliche Missbrauch von Mädchen oder Jungen im Kindesalter.

Die internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden konnte in den letzten Jahren bereits große Erfolge bei der Suche nach den Hintermännern solcher Straftaten erzielen. Angesichts von mehreren tausenden Zugriffen pro Tag auf kinderpornographische Inhalte im Internet ist aber auch eine effektive und wirksame Bekämpfung der Verbreitung und des Zugriffs auf diese schändlichen Inhalte geboten. Hierbei sollten auch alle geeigneten und technischen Möglichkeiten zum Wohle der Kinder ausgeschöpft werden.



Über Eines sind sich sämtliche Fachleute einig: Kinderpornographie ist der Ausdruck abscheulicher Vergehen an jungen und wehrlosen Menschen und darf daher auch im Internet keine Verbreitung finden. Die einfache Möglichkeit, Dateien und Seiteninhalte zu kopieren, er-

schweren einen effektiven Durchgriff von Strafverfolgungsbehörden und Internet Providern erheblich. In einigen europäischen Ländern ist man daher zusammen mit den Internetanbietern dazu übergegangen, den Zugang zu erkannten kinderpornographischen Seiten bis zu einer effektiven Beseitigung zu sperren. Allein in Schweden konnten so täglich rund 50.000 Zugriffe auf entsprechende Internetseiten blockiert werden.

Die christlich-liberale Regierungskoalition arbeitet intensiv an einer Verbesserung des Schutzes der Kinder und an effektiven technischen Möglichkeiten, Zugriffe auf kinderpornographische Inhalte in Deutschland unmöglich zu machen. Die Koalitionsparteien haben sich darauf verständigt, Inhalte zunächst zu löschen und den Einsatz von Sperren gegen Ende des Jahres ergebnisoffen zu prüfen.

Vertriebene

Stiftung gestärkt

Die christlich-liberale Regierungskoalition bringt wichtige Gesetzesänderungen auf den Weg, die die ‚Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung‘ stärkt.

Mit dem Gesetzentwurf werden die Veränderungen umgesetzt, die zwischen den Koalitionsfraktionen und Vertretern des Bundes der Vertriebenen im Februar vereinbart worden waren. Um der Komplexität der Aufgabenstellung künftig noch besser Rechnung zu tragen, sollen sowohl der Rat als auch der wissenschaftliche Beraterkreis der Stiftung vergrößert und das Benennungsverfahren für den Stiftungsrat modifiziert werden. Die Mitglieder benennt künftig der Deutsche Bundestag. Diese Änderungen stärken die Grundlagen für eine sachgerechte Arbeit der Stiftung, die in Berlin ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum in Berlin schaffen wird, um die Erinnerung an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert im Geiste der Versöhnung wachzuhalten. Die Fläche dieser Ausstellung wird nach der Einigung vom Februar außerdem von 2.250 auf 3.000 Quadratmeter vergrößert werden. Dies ermöglicht die bessere Integration von Augenzeugenberichten, die dafür digital aufbereitet werden.